Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G.-Mark bei freier Zustellung durch Boten. Postbezug für Monat August 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 199 — Sonntag, 24. August 1924 — XXXII. Jahrg.

Fluch oder Segen?

Der Reichstag vor der Entscheidung über Deutschlands Geschick

Die Erklärungen der Reichsminister

Deutscher Reichstag

22. Sitzung

vdz. **Berlin**, 23. August. (Eig. Drahtbericht)

Präsident **Wallraf** eröffnet 10 Uhr vormittags die Sitzung und verliest den schriftlichen Einspruch des kommunistischen Abgeordneten Dr. Schwarz gegen seinen Ausschluß. Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, diesen Einspruch in der heutigen Sitzung nach Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung der Entscheidung des Hauses zu unterbreiten. Er erteilt dann dem Reichskanzler Dr. Marx das Wort.

Reichskanzler Dr. Marx

wird von den Kommunisten wiederum mit dem Rufe empfangen: „Amnestie, Herr Kanzler!“ Die Rufe verstummen nach einigen Minuten, als der Kanzler zu folgenden Ausführungen das Wort nimmt:

Die Reichsregierung tritt vor Sie hin, um Ihnen das Ergebnis der Londoner Konferenz vorzulegen und Ihre Zustimmung zu erlangen. Die Mehrheit des Hauses hat die Erklärung der Regierung gebilligt, daß das Gutachten der Sachverständigen eine geeignete Grundlage für die Lösung der Reparationsfrage sei. Die schweren Bedenken gegen das Gutachten sind von mir nie verkannt worden. Unsre heutige Beschlußfassung hat eine weitergehende Bedeutung als jene, die das Gutachten als Grundlage zur Lösung des Reparationsproblems annahm. Jetzt handelt es sich um tiefgreifende organisatorische Aenderungen im Deutschen Reiche, die in einem Punkte sogar eine Abweichung von den Verfassungsbestimmungen erfordern. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, das ganze Material eingehend darzulegen und allen Parteien Rede und Antwort zu stehen.

Wir rühmen uns nicht eines Erfolges, den wir in London errungen hätten

Wir sind uns bewußt, daß die Arbeit, die wir in London zu vollbringen hatten, auch nicht derart war, daß gleich große Erfolge hätten davongetragen werden können. Das Gutachten der Sachverständigen ist für das deutsche Volk in seinem innersten Wesen ebensowenig erfreulich wie der Versailler Vertrag. Weder der Versailler Vertrag, noch der Sachverständigenbericht als solcher, werden wohl von irgend jemand in Deutschland als eine Wohltat für das deutsche Volk angesehen werden. Unsre Aufgabe bestand nur darin, Milderungen zu erstreben, und ich glaube feststellen zu dürfen, daß die deutsche Delegation in London in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustande, in mancher Hinsicht aber eine Verbesserung erreicht hat. Wir haben uns keinen Augenblick besonnen, mit Entschiedenheit und Offenheit die deutschen Bedenken und Ausstellungen an den Beschlüssen der Alliierten vorzubringen.

Zum erstenmal seit Beendigung des Krieges haben wir als Gleichberechtigte verhandelt

Ein großer Teil unsrer Vorschläge wurde als berechtigt anerkannt. Es ist mir ein Bedürfnis, auch hier die objektive und unparteiliche Leitung der Konferenz durch den englischen Ministerpräsidenten anzuerkennen, und ich lege Wert auf die Feststellung, daß der Vorwurf, es sei uns ein Ultimatum gestellt oder ein Diktat vorgelegt worden, durchaus unbegründet ist. Die Londoner Beschlüsse stellen gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt dar. Wie dem ganzen deutschen Volke, so lag auch der deutschen Delegation in London vor allem die Sorge am Herzen, deutsche Lande von der Besetzung durch fremde Truppen zu befreien. Wenn unsre Bemühungen nicht das erstrebte Ergebnis gezeitigt haben, so ist das in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß den Parteien in London nach vielen Richtungen hin die Hände gebunden waren und daß Faktoren sich in den politischen Verhandlungen geltend machten, die sich als stärker erwiesen als der Verständigungswille der Führer. In erster Linie war es das Problem der interalliierten Schulden. Auf der Londoner Konferenz hat

zum erstenmal seit Kriegsende wieder ein Geist der Verständigung

und der ernste Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft geherrscht. Dieser Geist und dieser Wille haben sich angesichts der immer noch vorhandenen Widerstände noch nicht restlos durchgesetzt. Aber durfte die deutsche Delegation durch starres Festhalten am deutschen Rechtsstandpunkt durch eine Alles- oder Nichtspolitik die offenkundig sich anbahnende Verständigung hindern und durch Unnachgiebigkeit sich erneut als Störenfried hinstellen lassen?

Die deutsche Delegation war nach Ausschöpfung aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel einmütig der Ueberzeugung, daß eine Ablehnung der französisch-belgischen Zugeständnisse in der Räumungsfrage auf absehbare Zeit nicht eine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten verursacht haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erstrebte ersprießliche Lösung der Reparationsfrage in unabsehbare Ferne gerückt wäre. Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können. Wir haben von den Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens die bedingungslose Zusage, daß das Ruhrgebiet spätestens am 15. August 1925 geräumt sein wird. Wir erhielten weiter vom Ministerpräsidenten Herriot das Versprechen, daß die Räumung des Ruhrgebietes viel schneller durchgeführt werden soll, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich weiter fortgeschritten sei. Zum Beweis seiner ehrlichen Absicht wird Herriot nach der Unterzeichnung des Londoner Paktes den Befehl zur Räumung der Zone Dortmund—Hörde—Lünen geben.

In der gleichen Zeit sollen auch die nach dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Ortschaften und Landstreifen rheinaufwärts und rheinabwärts geräumt werden.

Dadurch werden rund 900 000 Deutsche sofort von fremder Besatzung frei

Weiter haben wir von Frankreich, Belgien und England die Zusage, daß die Sanktionsgebiete von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort spätestens am Tage der Ruhrräumung frei sein werden. Daß die deutsche Regierung die so getroffene Regelung der Räumungsfrage nicht als endgültig ansieht, es ferner als ihre Aufgabe betrachtet, die in Aussicht gestellte schnellere und vollständige Räumung des Ruhrgebietes zu erreichen, ist selbstverständlich, und ich hoffe, daß eine befriedigende Regelung der Räumungsfrage vielleicht bald erzielt werden wird, wenn auf Grundlage der Londoner Beschlüsse eine Regelung des Reparationsproblem und eine Befriedung Europas eingeleitet ist.

Wenn wir ablehnen . . .

Indem ich Ihnen das Gutachten zur Annahme empfehle, möchte ich abschließend einen Gedanken aussprechen, der bei Ihren Entschließungen die gebührende Berücksichtigung finden muß. Es ist der Gedanke an die ernste Alternative, vor der wir stehen. Welche Folgen haben wir für unser Volk und unsre heimatliche Wirtschaft zu erwarten, wenn die in London erzielte Regelung nicht zur Wirklichkeit wird, sondern der gegenwärtige Zustand auf unbestimmte Dauer fortbesteht? Die Umstellung der amerikanischen Politik, die sich unter dem Banner des Dawes-Gutachtens wieder zur aktiven Mitarbeit an den europäischen Problemen entschlossen hat, droht zu scheitern, wenn das Gutachten selber von einem der Hauptbeteiligten in Europa abgelehnt wird. Auf diese Gefahr hinzuweisen und an alle Parteien die ernste Mahnung zu richten, sich der Verantwortung der zu treffenden Entscheidung bewußt zu sein, halte ich für meine höchste vaterländische Pflicht. Wer es verantworten zu können glaubt, hat die ernste heilige Pflicht, einen andern Weg zu weisen, der unser Volk aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not herausführen kann und uns die Befreiung des besetzten deutschen Landes sichert. Dieser Weg aber muß gleich beschritten werden können und kurz sein, sonst wird er Deutschland ins Verderben führen. Denn eine Ablehnung des Londoner Vertrages bedeutet zunächst jedenfalls die Zerstörung all der Hoffnungen, die das deutsche Volk und insbesondere unsre Brüder im besetzten Gebiet hegen.

Industrie und Landwirtschaft werden noch mehr unter der Kreditnot zu leiden haben, und ob unsre bisher mühsam gehaltene Währung nicht neuem Verfall entgegentreibt, ist eine bange Frage. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit aber ist eine sichere Folge. Der furchtbare militärische Druck wird auf dem besetzten Gebiete unvermindert weiter lasten. Hunderte gefangener Deutscher, die sich für ihr Vaterland eingesetzt haben, werden weiter in den Gefängnissen schmachten. Viele Tausende von Ausgewiesenen wird die Rückkehr in die Heimat weiter verwehrt bleiben. **Die Entscheidung des Reichstages wird für Deutschland Segen oder Fluch bedeuten. Das ganze deutsche Volk, die ganze Welt richten ihre Blicke auf uns. Das besetzte Gebiet, dem unsre allerheißesten Wünsche gelten, hat seinen Willen uns kundgetan. Seine Hoffnung ist erwacht, sie darf nicht betrogen werden.**

Der Kanzler wurde von den Kommunisten, Nationalsozialisten und einigen Deutschnationalen wiederholt durch Gelächter und höhnische Zurufe unterbrochen, vor allem an den Stellen, wo von nationaler Würde und Deutschlands Souveränität die Rede ist. In den stürmischen Beifall der Mehrheit am Schlusse der Rede mischten sich einige kommunistische Pfuirufe.

Dann nimmt, von den Kommunisten mit lärmenden Kundgebungen empfangen,

Reichsfinanzminister Dr. Luther

das Wort: Was wird, wenn den Londoner Abmachungen nicht zugestimmt wird? Unsre gesamte Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Die Erwerbslosenzahl hat seit dem Juni erheblich zugenommen. Um annähernd 60 Prozent innerhalb zweier Monate, in denen sonst regelmäßig die Erwerbslosenzahlen gefallen sind. Im Ruhrgebiet sind jetzt schon rund 80 000 Kohlenarbeiter erwerbslos. Weiter ist wichtig

der Zustand unsrer Handelsbilanz

In der ersten Hälfte des Kalendervierteljahres 1924 **haben wir einen Einfuhrüberschuß von 2 000 000 000 M. gehabt. Unsre Ausfuhr hat sich in all diesen Monaten nicht wesentlich verändert.** In der Einfuhr der letzten Zeit sind besonders stark die Rohstoffe und Halbfabrikate zurückgegangen. Zurzeit ist das Reich imstande, seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Es wird sogar in der Lage sein, für eine begrenzte Uebergangszeit die erwartete Anleihe zu bevorschussen. Etwas ganz andres aber ist die Frage, wie sich die Finanzlage bei Nichtannahme des Londoner Abkommens gestalten wird. Das Reich hat seit der Stabilisierung der Mark seine dringenden Verpflichtungen erfüllt. Außerdem hat das Reich für Kursstützung bei der Goldanleihe bis heute rund 570 Millionen Mark ausgegeben. Auf der andern Seite hat das Reich einen erheblichen Betrag einmaliger Einnahmen gehabt, die nicht wiederkehren. Hierzu kommen die Beträge der Abschlußzahlungen auf die Einkommensteuer für 1922/23 mit ungefähr 175 Millionen. Die ganze Summe von zusammen mindestens 1,5 Milliarden ist bis auf einen kleinen Rest verbraucht. Wir haben also seit der Stabilisierung keineswegs von laufenden Einnahmen gelebt. Nun hat seit einigen Monaten im Zusammenhang mit der Not unsrer Wirtschaft

die Steuerfähigkeit offensichtlich abgenommen

und der Reichsfinanzminister hat möglichst weitgehende Rücksichtnahme auf die Wirtschaftslage des einzelnen angeordnet. In der Wirtschaft hat sich zum Teil unter Führung großer Wirtschaftsverbände eine Bewegung entwickelt, die grundsätzlich Hinausschiebung von Steuerterminen oder allgemeine Nachlässe erstrebt. Jedenfalls muß man aber aus alledem schließen, daß in der deutschen Bevölkerung durchaus die objektive und die subjektive Voraussetzung für eine Gesamtsteigerung der Steuerbelastung fehlt.

Die sachlichen Grundlagen für ein langes Durchhalten sind unter den jetzigen Verhältnissen nicht gegeben

Die Wirtschaft des besetzten Gebietes kann die Micum-Verträge nicht mehr weiter tragen. So wird ein völliger wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch im Ruhrgebiet drohen und damit die größte Gefahr für ganz Deutschland.

Bei Nichtannahme der Abmachungen würde ferner die Kreditnot unvermeidlich stark steigen

Die Kreditpolitik der Reichsbank müßte erheblich eingeschränkt werden. Auch das Vertrauen zur Rentenmark würde leiden, und die Reichsbank würde ihr Hauptaugenmerk darauf richten müssen, den Kurs der Rentenmark zu halten. Der Plan, durch Umgründung der Rentenbank, die Hunderte von Millionen kurzfristigen landwirtschaftlichen Kredite in langfristige zu verwandeln, würde gegenstandslos. Schließlich muß so der Zeitpunkt kommen, daß Reich, Länder und Gemeinden ihre einfachsten Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Trotz aller Bedenken zwingt uns der Gesamtzustand unsrer Wirtschaft zur Annahme der Londoner Abmachungen. Die Lasten sind gewiß groß. Aber es ist auch sicher, daß nur bei Annahme der Londoner Abmachungen unsrer Wirtschaft die Erleichterungen verschafft werden können, nach denen sie mit Recht verlangt, nämlich die Anpassung unsres Steuersystems an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein fühlbarer Abbau der Eisenbahntarife.

Die 800-Millionen-Anleihe wird Schrittmacher für weitere langfristige ausländische Kredite zu tragbaren Bedingungen sein.

Die Unterzeichnung der Anleihe konnten wir natürlich nicht aus London mitbringen, aber die Feststellung ist erreicht, daß beim Nichtzustandekommen der Anleihe für Deutschland keine Verpflichtung zur Ausführung der Londoner Abmachungen besteht. Nach allem erscheint mir der Weg der Zustimmung unvermeidlich. Ich wage es auch, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es zäh arbeitet und tapfer spart, auf der Grundlage des Londoner Abkommens und lebenswürdiger Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Hierauf erhält

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er wendet sich gegen die äußerste Rechte und weist darauf hin, daß gerade von jener Seite immer behauptet worden sei, die Franzosen dächten gar nicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen. Herriot, der sich verpflichtet hatte, über die Räumungsfrage nicht zu verhandeln, habe dies schließlich doch mit Zustimmung seines Ministerrats getan. Der Verlauf der Londoner Verhandlungen beweise aber, daß Deutschland nicht einfach die Ruhrräumung erreichen könnte, wenn es sie verlangte. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Rufe: „Vorher haben Sie anders gesprochen!“ Ich habe im Auswärtigen Ausschuß schon vorher gesagt, daß die sofortige Räumung kaum zu erreichen sein werde, wir würden aber darauf dringen, daß sie in einer Frist erfolgt, die nicht nach Jahren, sondern, nach Monaten zählt.

Der Minister schildert dann, oft von nationalsozialistischen Zwischenrufen unterbrochen, den Verlauf der Verhandlungen über die Ruhrräumung. Im Vergleiche zu dem ursprünglichen französischen Standpunkt in der Räumungsfrage habe London doch sehr wesentliche Vorteile für Deutschland gebracht. Die Rechte bezeichnet auf der einen Seite Herrn Herriot als einen Mann, dessen Räumungsversprechungen nicht zu trauen sei, auf der andern Seite stellt sie ihn aber als einen harmlosen friedlichen Menschen hin, der aus einer Ablehnung des Gutachtens gar keine Konsequenzen ziehen würde.

Wenn auch nicht formell, so bestand doch tatsächlich ein gewisser Zusammenhang zwischen den handelspolitischen Wünschen Frankreichs und der Räumungsfrage. Die deutsche Delegation hat London verlassen, ohne sich in handelspolitischen Fragen irgendwie zu binden. Es war für Deutschland sicher besser, in bezug auf den Endtermin der militärischen Räumung etwas nachzugeben, statt für die künftigen wirtschaftlichen Verhandlungen die Trümpfe vorher aus der Hand zu geben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Es ist in London auch erreicht worden, daß die Frist für die Räumung 6 bis 8 Wochen früher läuft als die übrigen Fristen. (Zuruf eines Kommunisten: „Das ist ja fabelhaft!“) Das ist nicht fabelhaft, aber das wird von denjenigen des besetzten Gebietes gewünscht werden, für die 6 bis 8 Wochen eine Rolle spielen. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Wenn von der Rechten gesagt wird, die Gerechtigkeit hätte die sofortige Räumung erfordert, so klingt das seltsam im Munde von Leuten, die sonst immer betonen, daß sich die Entwicklung der Geschichte nicht nach Theorien, sondern nach den realen Machtverhältnissen richtet. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Herriot wollte uns durch die sofortige Räumung von Offenburg und Appenweier einen sichtbaren Beweis seines guten Willens geben, und er hat sein Wort gehalten. Das anzuerkennen, nehme ich keinen Anstand. (Lärm bei den Nationalsozialisten. Beifall bei der Mehrheit.)

Wir können die Außenpolitik nicht so treiben, daß wir immer den Gegner als wortbrüchigen Schuft bezeichnen

(Beifall der Mehrheit.) Die Rechte hat immer behauptet, Frankreich werde immer am Poincarismus festhalten. (Sehr richtig! rechts.) Der Londoner Pakt ist jedenfalls kein Ausfluß des Poincarismus. (Widerspruch rechts, Beifall bei der Mehrheit.) Daß der 15. August 1925 der allerletzte Termin für die militärische Ruhrräumung ist, daran besteht gar kein Zweifel. (Auf rechts: Abwarten!) Sie (nach rechts) geben ja den Leuten in Frankreich das beste Material, die daran herumdeuteln wollen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Der Kampf um die Befreiung des Ruhrgebiets ist mit London nicht beendet, sondern er hat damit begonnen

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) **Die deutsche Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, auf eine Beschleunigung der Räumung hinzuwirken. Sie handelt damit nicht nur im Einklang mit dem bekannten Briefe Macdonalds, sondern auch mit den Erklärungen Herriots. Es ist ganz falsch, zu behaupten,**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240824/1